

Widerstandsgruppe um Reinhold Frank

Reinhold Frank steht eher für den bürgerlichen passiven Widerstand. Vor der Machtergreifung war er Vertreter der Zentrumspartei in der Stadtverordnetenversammlung. Nach der Auflösung aller parlamentarischen Gremien durch die Nazis knüpfte Frank Kontakte zu anderen Hitlergegnern. Die bekannte Rechtsanwaltskanzlei Honold/Frank vertrat häufig politisch Verfolgte, so auch Widerstandsvertreter der SPD und auch die beiden Geistlichen Maurath und Dold. Die Erfahrungen mit den Nazi-Gerichten, insbesondere mit dem Volksgerichtshof in Berlin, bestärkten Frank in seiner Haltung als Regimegegner. Um die Anwaltskanzlei bildete sich ein Kreis von Regimegegnern die sich auf eine Machtübernahme vorbereiteten. 1943 wurden Reinhold Frank und seine Gruppe mit der Gruppe Goerdeler in Verbindung gebracht und damit in die Verschwörung des Attentats vom 20. Juli 1944 eingeweiht. Frank sollte als Unterbeauftragte für Baden nach dem Attentat die Verwaltung Badens unterstützen. In Franks Widerstandsgruppe waren die ehemaligen Stadtverordneten des Zentrums Franz Spauer und Karl Ramstein, der Amtsgerichtsrat Dr. Siegfried Kühn, und der Bankangestellte Alfred Ibach. Frank war zum Zeitpunkt des Attentats auf der Rückfahrt von Berlin nach Karlsruhe, er hatte in Berlin eine elsässische Widerstandskämpferin verteidigt. In der folgenden Nacht wurde er in Karlsruhe verhaftet und sofort nach Berlin gebracht. Dort stand er dem Volksgerichtshofspräsidenten Roland Freisler gegenüber, der ihn mit seinem ganzen Hass auf ihn als Verteidiger von Regimegegnern überschüttete und verhöhnte. Das Todesurteil wurde am 23. Januar 1945 in Berlin vollstreckt. Sprauer und Ibach wurden ebenfalls verhaftet, kamen aber mit dem Leben davon.

Quellen: vgl. Stadt Karlsruhe Stadtarchiv (Hrsg.): Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. Badenia, Karlsruhe 1998, ISBN 3-7617-0353-8 S. 511ff.

Siehe auch Station zu Reinhold Frank